

Richard Meng

Der Lagerwahlkampf

Nach der Wahl in Niedersachsen könnte es im Bund wieder um Inhalte gehen

Viele Prognosen wurden auf den Kopf gestellt. Die mutmaßlichen Verlierer Steinbrück und Rösler waren wieder stabilisiert, für den Bund ist wieder alles offen: So lasen sich unisono die Analysen nach der Wahl in Niedersachsen. Selten lagen Demoskopien und Medienleute mit ihren gegenseitigen Stichwortgebereien so daneben. Indes: Spannender als diese Kurzfrist-Sicht sind die größeren Linien, die in Niedersachsen deutlich wurden.

Richard Meng

(* 1954) ist Sprecher des Senats von Berlin und Beiratsmitglied der NG/FH.



sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Schwarz-Gelb oder Rot-Grün? Das war die eigentliche Machtfrage für den Landtag in Hannover, und sie wurde millimeterscharf beantwortet. Schwarz-Gelb oder Rot-Grün? Das ist damit – zumindest im alten Westdeutschland – nun wieder die Trennlinie geworden, entlang derer sich die Mehrheiten bilden. Denn die fünfte und die sechste Partei sind nicht nur in Niedersachsen krachend gescheitert.

Das Projekt Westausdehnung der Linkspartei steht vor dem Ende, weil sich nach der Hartz-IV-Protestwelle von 2004/5 letztlich (außer im Saarland) denn doch keine soziokulturelle Basis dafür herausgebildet hat. Das ist langfristig für das Parteiensystem eine zentrale Botschaft. Der Dogmatisierungsprozess, der mit der Westöffnung einherging, hat die Partei bundespolitisch und in den West-Ländern völlig isoliert. Und die Erfolge der Piraten scheinen nun doch mehr einer politischen Laune als einer politischen Bewegung geschul-

det. Trotz Medienhype fällt Inkompetenz irgendwann auf.

Noch einmal: Dies ist ein Befund West, aber dort zumindest ist das Vierparteiensystem für die nähere Zukunft doch wieder das realistischste. Und dort führt es dann in aller Regel mit mathematischer Zwangsläufigkeit zu der Alternative zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün, solange Union und SPD einigermaßen auf Augenhöhe liegen. Nur im Süden ist das anders – wie überall da, wo eine der großen Volksparteien in die Nähe einer absoluten Mehrheit kommen kann.

Nun haben wir im Bund aber nicht ein Vier-, sondern ein Fünfparteiensystem. So gesehen wird natürlich zu Recht auch immer wieder die Frage aufgeworfen, ob ein Lagerwahlkampf (ob nun erklärt oder unerklärt) zwischen Schwarz-Gelb und Rot-Grün überhaupt realistisch sein kann. Die Linkspartei bleibt durch ihre regionale Stärke im Osten auf absehbare Zukunft höchstwahrscheinlich Parlamentspartei im Bund, genau deshalb wurde ja auch 2005 schon der Lagergegensatz machtpolitisch obsolet und die Große Koalition war das Resultat.

Es gibt verschiedene Arten, diese Debatte über die Existenz oder Nichtexistenz der Lager ins Grundsätzliche zu treiben. Aber das sind dann letztlich doch immer nur abstrakte Scheindebatten, forciert nicht

zuletzt von bürgerlich-grünen Intellektuellen. Die Wahrheit ist, dass es nach der Niedersachsenwahl überhaupt keinen anderen Weg mehr gibt, als den Bundestagswahlkampf zuzuspitzen auf die Frage, ob es eine vernünftige und erreichbare Alternative zur Kanzlerin und zu Schwarz-Gelb gibt: Rot-Grün. Und zwar eine Zuspitzung von beiden Seiten: sowohl aus Sicht der Koalition als auch aus Sicht der Opposition.

Niedersachsen hat eigentlich ja nur wieder einmal belegt, dass die FDP vor allem Funktionspartei ist, so wie sie es immer war, selbst zu Willy Brandts Zeiten. Seit Graf Lambsdorffs Wende weg von Helmut Schmidt und hin zu Helmut Kohl ist die FDP über mehrere Politikergenerationen fest an die marktliberale Variante des Liberalismus gekoppelt. Es muss machtpolitisch und personell schon viel zusammenkommen, um dies – siehe Rheinland-Pfalz – auch mal zu durchbrechen. Und das Wahlvolk hat diese FDP-Funktion ja auch verinnerlicht, selbst wenn das Demoskopien und Medienleuten bei ihren Wahlprognosen immer wieder gerne entfällt (weil meistens ja nicht wirklich »am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre«).

Es ist schon wahr: Union und FDP verbindet vieles und ihre gesellschaftliche Schnittmenge verlangt die Realisierung einer Parlamentsmehrheit, sobald sie da ist. Im Osten ist das weit schwächer ausgeprägt, weil es die bürgerlich-marktliberale Milieumehrheit dort nirgends gibt. Aber für den Westen gehört diese Konstellation unverändert zu den Standardvarianten der Politik. Und das sichert der FDP immer wieder das Überleben.

Bei SPD und Grünen ist es weit komplizierter. Die Milieüberschneidung gibt es auch hier, aber die urbanen grünen Milieus haben inzwischen auch starke Überlappungen mit modern-christdemokratischem oder marktliberalem Denken. Und: Im Osten bewirkt die volksparteilich aufgestellte Linkspartei, dass zwischen SPD und Grünen schon rein machtarithmetisch

mitnichten das gleiche Leihstimmen-Mehrheitsbildungsspiel möglich ist wie zwischen Union und FDP im Westen. Von einer gewissen menschlichen Entfremdung zwischen vielen Sozialdemokraten und Grünen ganz abgesehen, die von gegeneinander geführten Wahlkämpfen her kommt.

Rot-grüne Attraktivität entscheidet

Nun führt andererseits die knappe rot-grüne Mehrheit von Niedersachsen zwingend dazu, dass sich die Grünen zur Bundestagswahl klar rot-grün aufstellen müssen, wenn sie sich nicht an ihren internen Widersprüchen zerreiben wollen wie 2011 bei der Abgeordnetenhauswahl von Berlin, als sie einen Führungsanspruch erhoben, der nur zusammen mit der CDU umsetzbar gewesen wäre. Und die heutige rot-grüne Ausgangslage für die Wahlkämpfer links der Union gilt zunächst einmal unabhängig davon, wie Union und SPD ihre Inhalte akzentuieren, wie stark der persönliche Reputationsverlust des SPD-Kanzlerkandidaten in den Hintergrund tritt oder wie stark die Linkspartei voraussichtlich wird.

Welche Chancen die Kanzlerin hat, im Amt zu bleiben, ergibt sich einstweilen aus der Attraktivität der rot-grünen Alternative. Umso wichtiger bleibt es dann für Rot-Grün bis zum Sommer, all jene Sachthemen zuzuspitzen, zu denen die Bundestagswahlen Weichen stellen wird. Das ist auch, aber nicht nur die Europa- und Europapolitik. Es geht insbesondere um das breite Spektrum an Gerechtigkeitsfragen von der Rente bis zur Mietenpolitik. Und es geht um die Glaubwürdigkeit der ökologischen Wende, von der tatsächlichen Umsetzung des Atomausstiegs (einschließlich der Energiepreisfragen und ihrer sozialen Auswirkungen) bis hin zur Lebensmittelqualität und zu nachhaltigen Lebensweisen.

Wenn es nicht gelingt, klar zu machen, um welche Inhalte es bei den Wahlen geht und welche Weichen gestellt werden sol-

len, wird der Wahlkampf keine Dynamik entwickeln können. So gesehen geht es inhaltlich um die Herausarbeitung der Alternative. Sonst wird Angela Merkel es wieder schaffen, durch das Vage Besetzen aller nur denkbaren Tagesthemen der Auseinandersetzung die Spannung zu nehmen.

Nur durch politische Zuspitzung wird vermieden, dass sich am Ende wieder viele lieber für den eigenen politischen Schrebergarten entscheiden und kleinere Parteien oder gar nicht wählen, weil die große Machtfrage ja entschieden scheint, egal ob nun in schwarz-gelber Variante oder in welcher anderen auch immer unter Merksels Führung. Interessant ist dabei auch dieser niedersächsische Befund: Rot-Grün war dort in allen Befragungen deutlich populärer als Schwarz-Gelb, und das bleibt auch bundesweit eine gute Grundlage für inhaltliche Debatten.

Was das aussagt? Zum einen natürlich, dass die inzwischen so häufig wahlübliche Abwendung von der bis dahin regierenden Mehrheit in diesem Jahr 2013 gegen Schwarz-Gelb spricht. In Niedersachsen war das so. In Bayern, Hessen und im Bund

wird es genauso sein: Wenn der Zorn die Regierenden trifft, dann trifft er in all diesen Fällen Schwarz-Gelb. Zum anderen und vor allem aber, weil diese Konstellation inzwischen inhaltlich derart anspruchslos geworden ist, dass sich mit ihr über Personen und deren mediale Präsenz (siehe Außenpolitik!) hinaus auch kaum noch irgendeine inhaltliche Erwartung verknüpfen lässt. Während Rot-Grün jetzt auch über die neue Mehrheit im Bundesrat endlich ernstzunehmende Akzente setzen kann.

Noch ist es zu früh, zu bewerten, ob es aus Sicht des Wahlvolkes im Herbst am Ende nur noch um Merksels Koalitionspartner geht oder um eine echte Alternative. Aber seit Niedersachsen hat sich zumindest die Chance für eine Richtungswahl eröffnet. Da sollte sich niemand mit kulturphilosophischen Seminaren über den Lagerbegriff aufhalten: SPD und Grüne sind einander in vielen Dingen viel zu fern, als dass die Kooperation im Wahlkampf die Identitäten berühren könnte. Ob eine andere Mehrheit zustande kommen kann, das ist wieder eine reale Frage geworden. ■

Rudolf Walther

Zur vollendeten Edition eines unvollendeten Projektes

Die »Kapital«-Abteilung der Marx-Engels-Gesamtausgabe ist komplett

Rudolf Walther

(* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für Schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M. Unter dem Titel *Aufgreifen, begreifen, angreifen* sind bisher zwei von geplanten vier Bänden mit seinen Arbeiten im *Oktober-Verlag* erschienen.

rudolf.walther@t-online.de



Im Rahmen einer internationalen Forschungskoope-
ration der Marx-Engels-
Gesamtausgabe wurden in jahrelanger phi-

lologischer Detailarbeit sämtliche bislang unveröffentlichten Marx'schen Manuskripte zum »Kapital«, Engels Redaktionsmanuskripte sowie die Druckfassungen des Werkes in historisch-kritischer Form in insgesamt 15 Bänden ediert. Dieses Projekt kam nun zu einem erfolgreichen Abschluss.

Bevor die griechische Vorsilbe »mega« als Universalverstärker in die deutsche Umgangssprache Einzug hielt («mega-krass«, »mega-out«), hatte es u.a. auch noch folgende Bedeutung: MEGA ist die Abkür-